

Konrad Stopp

# Zukunftsmodell Sozialstaat

Ein Plädoyer für mehr Wohlstand



Herbert Utz Verlag

Satz und Layout: Matthias Hoffmann

Umschlaggestaltung: Matthias Hoffmann unter Verwendung des Bildes

»Holding small plant « © Photoroller – Fotolia.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2010

ISBN 978-3-8316-0963-5

Printed in EC

Herbert Utz Verlag GmbH, München

Telefon: 089-277791-00 · [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)

# Inhalt

Vorwort	9
Das Thema und sein Umfeld	13
Das Thema	13
Das Umfeld	16
I. Kapitel: Die Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Mensch und Börse	23
Soziale Marktwirtschaft – Neokapitalismus oder: Neoliberalismus contra Neoliberalismus	23
Der Neokapitalismus: ein Auslaufmodell	35
Pyrrhussieg des Kapitals	46
II. Kapitel: Renaissance des Sozialstaats	75
Sozialstaat und Freiheit	75
Denkanstöße für eine alternative Reformpolitik	84
Baustein I: Die 35-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im „atmenden Arbeitsmarkt“	96
Baustein II: Die Schwarzarbeit legalisieren. Die Mehrwertsteuer aus-, die Einkommensteuer abbauen	107
Baustein III: Den Sozialstaat umbauen, dessen Finanzierung umstellen	113
Baustein IV: Den Staatshaushalt sanieren	133

Baustein V: Das Grundeinkommen	141
Baustein VI: Die Volksrente	167
Baustein VII: Die Bürgerversicherung	187
Baustein VIII: Die Unfallversicherung	221
III. Kapitel: Den Weltfinanzmarkt ordnen	225
Ausblick	249

# Vorwort

Zwei Sachverhalte veranlassten mich, dieses Buch zu schreiben.

Zum einen ist es wirtschaftliche Realität, dass die Wirtschaft mit immer weniger Arbeit ein immer größeres Sozialprodukt bereitstellt. Damit ergeben sich zwei Verteilungsprobleme: Was ist zu tun, damit alle Erwerbsfähigen bezahlte Arbeit finden und auch die Nichterwerbstätigen ein angemessenes Einkommen erhalten?

Zum anderen zeigt sich, dass die „unsichtbare Hand“ des Marktes unfähig ist, diese Verteilungsprobleme zu lösen. Die ordnende Hand des Staates wird unverzichtbar.

Die derzeit Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sehen dies anders und verteidigen ihre zum Scheitern verurteilte Politik.

Die Bundesregierung täuscht:

Sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft und betreibt Neokapitalismus.

Die Bundesregierung irrt:

Die Massenarbeitslosigkeit wird als ökonomische Panne bewertet.

Sie behauptet:

Die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche sei wegen der für Wirtschaftswachstum benötigten Sparquote unumgänglich.

Überzogene Sozialleistungen und zu hohe Lohnnebenkosten gingen zu Lasten des Wachstums. Der Sozialstaat versklave seine Bürgerinnen und Bürger.

Widerspruch ist angesagt.

Im ersten Kapitel „Die Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Mensch und Börse“ gehe ich der Täuschung nach. Im II. Kapitel „Renaissance des Sozialstaats“ helle ich die Irrtümer auf und zeige in acht Bausteinen Kernpunkte einer realitätsbezogenen und innovativen Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik.

Brisanz erhält dieses Kapitel durch das „Hartz IV-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010.

Das Gericht verkündete das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das dem Grunde nach unverfügbar ist und eingelöst werden muss. Es nimmt den Staat in die Pflicht, jedem Hilfsbedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu gewähren, „die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind“. Im III. Kapitel steht die Problematik des von Großbanken auf dem Weltfinanzmarkt geschaffenen Kreditvolumens, welches das realwirtschaftliche Wachstum in astronomischer Höhe überschreitet, im Mittelpunkt meiner Überlegungen.

Zu der hier vorliegenden Ausgabe habe ich auf meine Homepage [www.stopp-ottobrunn.de](http://www.stopp-ottobrunn.de) unter dem gleichen Titel eine umfassende Ausgabe als PDF-Datei gestellt, in der die Daten und deren wissenschaftliche Interpretation sowie Projektionsberechnungen aufgenommen sind, die zu meinen hier vorgelegten Aussagen führen.

Dank gebührt meiner Frau, die die Arbeit am Manuskript kritisch begleitete und der ich bemerkenswerte Hinweise und weiterführende Anregungen verdanke. Einen besonderen Dank schulde ich meinem Verleger Herbert Utz, Anja Zimmermann (Leitende Lektorin) und Matthias Hoffmann (Leiter der Abteilung Wissenschaft); sie gestalteten mein Manuskript zu einem zum Lesen einladenden Buch.

Konrad Stopp

Frühjahr 2010





# Das Thema und sein Umfeld

## Das Thema

Mit der industriellen Revolution, die in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Großbritannien, später im übrigen Europa, in Nordamerika und Japan einsetzte, erlebte der Norden in nur 250 Jahren eine bis dahin unbekannte Wohlstandsmehrung. Erfindergeist und unternehmerischer Elan, von Angebot und Nachfrage auf den Märkten gelenkt, waren die Triebkräfte. In den reifen Industriestaaten, so auch in der Bundesrepublik, stellt sich Wohlstand, ja Überfluss ein. Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum kommen in Sichtweite.

Kehrseiten dieser Entwicklung sind Massenarbeitslosigkeit, zusammenbrechende Sozialsysteme sowie einsetzende ökologische Katastrophen. Kaum jemandem kommt in den Sinn, dass die negativen Folgen stürmischen Wachstums Boten eines Umbruchs sind; exakt dies aber ist der Fall.

Erstens: In den reifen Industrienationen wird durch immer weniger Arbeit ein immer größeres Sozialprodukt her- und bereitgestellt. Das Arbeitsvolumen schrumpft, trotzdem steigt das reale Volkseinkommen insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung.

*Mit weniger Arbeit werden wir insgesamt immer reicher.*

Zweitens: John Maynard Keynes, der die Nachkriegswirtschaft maßgebend mitgestaltete, wies bereits 1942 auf Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum hin. „Der private Investitionsbedarf wird

so weit gesättigt sein, dass er hinter dem bei Vollbeschäftigung realisierten Volumen freiwilliger Ersparnis zurückbleiben wird.“ Er behielt recht: Gespartes Geld findet keine Anlage im Produktionsbereich. Die Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum liegen für die fortgeschrittenen und reichen Industriegesellschaften angesichts von Massenwohlstand bereits in greifbarer Nähe. Sie sind nicht nur ökologisch, wie landläufig angenommen, sondern auch ökonomisch bedingt. Regierung und Wirtschaftsführer wollen dies nicht wahrhaben. Sie hoffen, Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und öffentliche Finanznot mit technischer Innovation und Marktradikalismus überwinden zu können.

Verdrängt wird, dass die Dynamik des marktwirtschaftlichen Prozesses zur Spaltung der Gesellschaft in Arme, Reiche und Superreiche führt, sofern die am Markt erzielten Einkommen nicht im Nachhinein durch und über den Staat „von oben nach unten“ umverteilt werden.

*Die Dynamik des marktwirtschaftlichen Prozesses führt zwangsläufig zur Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche.*

Entfällt diese interpersonelle Umverteilung, bleiben noch bestehende Wachstumsreserven ungenutzt: Reiche sind „gesättigt“ und können ihren Konsum realiter nicht weiter steigern, die anderen können mangels fehlender Kaufkraft ihre Bedürfnisse auf den Märkten nicht anmelden. Die von der Ökonomie gesetzten Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum werden unnötigerweise vorzeitig mit der Folge nachlassenden Mengenwachstums erreicht.

*Reiche stoppen Wirtschaftsmengenwachstum.*

Dessen ungeachtet zwingt der im globalen Handel steigende Wettbewerbsdruck Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, ihre Arbeit ständig zu rationalisieren; Stillstand bedeutete das Aus. Weiter steigende Arbeitsproduktivität führt jedoch bei rückläufigen Wachstumsraten zwangsweise zu einem Gewinn an erwerbssar-

beitsfreier Zeit. Zwangsfreizeit – in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit – ist die Folge; es sei denn, der Gewinn an Zeit wird als Arbeitszeitverkürzung an alle Erwerbsfähigen weitergegeben. Dies aber geschieht nicht. Noch immer ist die calvinistisch-protestantische Auffassung von Arbeit als Gottesdienst, die eine Verbindung mit der industriellen Produktionsform und dem Sozialstaatsprinzip einging, unbewusst gegenwärtig. Der menschliche Lebenslauf wird in Kategorien der Erwerbsarbeit organisiert und auch subjektiv so verstanden. Die uns beherrschende Lebenseinstellung, der Mensch verwirklicht sich in Arbeit, führt zur Abhängigkeit von Erwerbsarbeit.

Trotz des enormen privaten Reichtums relativ Weniger verarmt neben unzähligen privaten Haushalten auch der Staat. 2008 stand dem öffentlichen Schuldenberg in Höhe von 1,6 Billionen Euro ein noch größeres privates Vermögen von 8 Billionen Euro gegenüber.

Die obigen ökonomischen Tatbestände zeigen:

- Mit immer weniger Arbeit werden wir insgesamt immer reicher.
- Die unterlassene interpersonelle Umverteilung der Markteinkommen nach sozialen Gesichtspunkten führt zur Spaltung der Gesellschaft in Arme, Reiche und Superreiche.
- Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum zeichnen sich vorzeitig ab.
- Zwangsläufig erlahmt das Wirtschaftsmengenwachstum, die Wachstumsraten tendieren zu annähernd Null.
- Das soziale Netz wird brüchig.
- Wettbewerbsdruck zwingt dazu, die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern; der Produktivitätszuwachs kann nicht ausreichend in Mengenwachstum umgesetzt werden, Massenarbeitslosigkeit stellt sich ein.

- Das stetig zunehmende Volumen an erwerbsarbeitsfreier Zeit ist der neue Reichtum des 21. Jahrhunderts.
- Es existieren hohe Staatsverschuldung einerseits und noch höherer Vermögensbestand in privater Hand andererseits.

Daraus ziehe ich folgende Schlussfolgerungen:

- Um Wirtschaftsmengenwachstum zu ermöglichen, ist vornehmlich die Kaufkraft der Bevölkerung mit kleinen und mittleren Einkommen zu erhöhen. Das heißt: Das zunehmende Volkseinkommen ist hauptsächlich in die Hände derer zu transferieren, die viele ihrer Bedürfnisse auf den Märkten mangels Kaufkraft bislang nicht anmelden konnten.
- Die Finanzkraft des Staates ist zu stärken.
- Zwangsfreizeit in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit erzwingt Arbeitszeitverkürzung.

Wie es zu den paradox anmutenden Sachverhalten kam, ist u. a. das Thema des I. Kapitels. Wie die zu ziehenden Schlussfolgerungen in Reformpolitik umgesetzt werden können, ist das Thema des II. Kapitels.

## Das Umfeld

Das Thema dieses Buches ist eingebettet in ein weltweites Umfeld, bestehend aus Zeit und Ort, historischen und sozialen Gegebenheiten.

Die Welt steht inmitten eines historischen Umbruchs. In den reifen Industriestaaten, so auch in der Bundesrepublik, ist die Knappheit wirtschaftlicher Güter im Prinzip überwunden.

Bereits 1963 beschrieb der hoch angesehene deutsche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Eduard Heimann (1889–1967) in seinem Werk „Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme“ den

ökonomischen Sachverhalt in hochentwickelten Volkswirtschaften wie folgt: „Die ganze menschliche Geschichte hindurch hat es zu wenig Produktion und Kaufkraft gegeben, um alle Bedürfnisse zu decken ... Nun aber haben die Produktion und die aus ihr abgeleitete Kaufkraft die Bedürfnisse nicht nur eingeholt, sondern haben sie hinter sich gelassen.“ Wenn Menschen noch unter Mangel leiden, liegt kein absoluter Mangel, „sondern ein falscher Gebrauch der Gesamtmittel in ihren Proportionen vor“ ... Wir stehen an einer Wasserscheide, „wo, wenn wir fortfahren zu tun, was wir in der Vergangenheit taten, es nicht mehr dasselbe sein wird. Die Wasserscheide, die wir erreicht haben, trennt Sinn von Sinnlosigkeit“.

Wir fahren fort zu tun, was wir in der Vergangenheit taten. Wir arbeiten nicht mehr nur für den Lebensunterhalt und um kulturelle Güter zu schaffen. Wir arbeiten mehr und mehr, um mit Wirtschaftsmengenzunahme Geldvermögen zu bilden. Dies ist zwecklos insofern, als dieses Geldvermögen von der Realwirtschaft nicht benötigt wird (vgl. Pyrrhussieg des Kapitals – Die Finanzkrise) und markiert einen Wertewandel. Nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen steht mehr im Mittelpunkt allen Wirtschaftens. Maximale Kapitalrendite wird zum Maßstab erfolgreicher Arbeit.

Dieser Wertewandel kommt nicht von ungefähr. Er hat soziale und ökonomische Wurzeln: Er basiert auf dem neokapitalistischen Zeitgeist. Helmut Kohls 1982 verkündete Parole „Leistung muss sich wieder lohnen“ aktivierte das begehrlche Verlangen nach immer mehr. Hab- und Raffgier bereiteten den Weg in die Sinnlosigkeit wirtschaftlicher Anstrengungen.

Als Konsequenz der staatlichen Einkommensumverteilung von unten nach oben werden die Grenzzäune für Wirtschaftsmengenzunahme trotz noch vorhandener Sättigungslücken erreicht. Angesichts dieser makroökonomischen Einkommensverteilung Wirtschaftszunahme zu erzwingen ist sinnlos, sofern das Wachs-

tum nicht in Arbeitszeitverkürzung, sondern noch immer in Wirtschaftsmengenwachstum umgesetzt wird.

Diese Feststellung bedarf der begrifflichen Klärung. Wirtschaftswachstum ist der umfassende Ausdruck für menschliche Arbeit und deren Produktivität auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und hat einen qualitativen und quantitativen Bestandteil. So wurde seit eh und je Wirtschaftswachstum als Arbeitszeitverkürzung und als Wirtschaftsmengenwachstum (Zunahme wirtschaftlicher Güter und des mit deren Herstellung entstehenden Einkommens) verwendet.

Wachstum angesichts der Grenzzäune für Wirtschaftsmengenwachstum zu verwenden, heißt Einkommen zu schaffen, denen keine Gütermenge gegenübersteht. Das zuwachsende Einkommen verpufft in steigenden Preisen, sofern es nicht gespart wird. Als Geldvermögen jedoch findet es mangels zu tätiger Investitionen keine Verwendung in der Realwirtschaft; es dient der Spekulation auf den Finanzmärkten.

In ihrer Gier nach Kapitalrenditen über 25 Prozent blähten Vorstände der auf den Weltfinanzmärkten agierenden Banken die über der Realwirtschaft schwebende Finanzblase in unbegreiflichem Volumen auf. Die Blase platze und stürzte Banken und Wirtschaft in eine nur noch vom Staat aufzufangende Krise (vgl. Finanzkrise 2008). Der vergötterte Wertmesser für erfolgreiche Arbeit, „maximale Kapitalrendite“, überstand die Krise: Die Banken machen weiter wie bisher. Und: Noch immer wird der Tanz um die Götzenbilder „DAX“ und „Dow Jones“ tagtäglich in den Fernseh- und Hörfunknachrichten zelebriert.

Die armen Völker des Südens und Ostens, Entwicklungs- und Schwellenländer, wollen den Wohlstand der reifen Industrieländer. Sie befinden sich inmitten des Aufholprozesses. Die „Tigerstaaten“ – Hongkong, Taiwan, Singapur, Südkorea – machten es ihnen, dem

Vorbild des Nordens folgend, vor, wie der ersehnte Lebensstandard zu erreichen ist. In den letzten 30 Jahren erlebten sie einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufholprozess und haben den Norden bereits eingeholt. China, Malaysia, Thailand und Indonesien folgen – China in atemberaubendem Tempo. Die bisher weniger erfolgreichen Entwicklungsländer suchen den Anschluss.

Mit der vorangeschrittenen Globalisierung ist die neoliberale Wirtschaftsordnung nach Asien, Afrika und Südamerika übergeschwappt. Weltbank und Weltwährungsfonds haben kräftig nachgeholfen.

China geht mit großem Erfolg seinen eigenen Weg. Für den sich gegenüber dem Norden rasant vollziehenden wirtschaftlichen Aufholprozess setzt der Staat die Ziele und Rahmenbedingungen und bestimmt die Prioritäten, was Schritt für Schritt angepackt werden soll.

Da der Norden gewillt ist, seinen materiellen Lebensstandard nicht nur zu halten sondern weiter zu steigern und der Süden den Wohlstand des Nordens will, werden die ökologischen Voraussetzungen für menschliches Leben auf unserem Planeten mehr und mehr zerstört. Falls wie bisher produziert und gewirtschaftet wird, ist der Konflikt um Ressourcen und Marktanteile unabwendbar, denn Ressourcen und Tragfähigkeit der Erde sind begrenzt.

Diesen ökonomischen Konflikt verlagern die Menschen des Südens mehr und mehr auf die Ebene des Kampfes zwischen den Kulturen (Samuel Huntington: Kampf der Kulturen, München 2007). Der Konflikt wächst sich zum Krieg der Kulturen aus; im Extremfall steigert er sich zum Terrorismus Bin Ladens.

Noch ist nicht vorauszusagen, wie dieser ökonomische und auf die kulturelle Ebene gehobene Konflikt ausgehen wird. Eines aber erscheint sicher: Wollen beide, der Norden und der Süden, ihre Ziele erreichen, muss die herkömmliche Überlebensstrategie „zu Lasten anderer“ aufgegeben werden. Nur in wirtschaftlicher Kooperation und im Respekt vor anderen Religionen, Werten, Welt-

anschauungen und Kulturen kann sowohl der Norden als auch der Süden gewinnen.

Der Norden kann nicht weiterhin wie gewohnt wirtschaften. Als Vorleistung muss er auf nennenswertes Wachstum und damit auf beachtliche Wohlstandsmehrung verzichten und sich mit dem Erreichten zufrieden geben. Vorrangig bleibt allerdings, alle Bevölkerungsschichten am noch sehr einseitig verteilten Reichtum angemessen zu beteiligen. Der Süden kann den Norden nicht weiter kopieren. Er wird einsehen müssen, dass auch maßvolles Wachstum auf Dauer nur mit sparsamer Energieverwendung, dem Einsatz erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Produktionsweise zu haben ist.

Bei der unerlässlichen ökonomischen Kooperation ist der Norden besonders gefordert. Ihm obliegt die Aufgabe, gültige Antworten für die Bewältigung der genannten Herausforderungen zunächst für sich selbst zu finden.

Am vordringlichsten ist, den Verbrauch von fossilen Brennstoffen radikal zu senken. Der jüngst von der Europäischen Umweltagentur (EUA) veröffentlichte Bericht brachte ins Bewusstsein, was seit Langem bekannt war, aber verdrängt wurde: die verheerende Wirkung des Treibhausgases auf die Umwelt. Wie dringlich es ist, den Ausstoß von  $\text{CO}_2$  zu senken, vermittelt die Tatsache, dass vor allem Chinesen und Inder dabei sind, ihren Energieverbrauch immens zu steigern. Kein Land und vor allem keines der reichen Industrieländer hat das Recht, dies anzufechten. Auch die Menschen des Südens haben grundsätzlich Anspruch darauf, durchschnittlich so viel Energie zu verbrauchen, wie dies in den fortgeschrittenen Industrieländern noch selbstverständlich ist. Geschähe dies jedoch durch fossile Brennstoffe, wäre es um die Tragfähigkeit unserer Erde geschehen.

Vor allem die führenden Industrienationen aber auch die Schwellenländer stehen vor der nicht aufschiebbarer Aufgabe, den Energieverbrauch von Geräten und Maschinen durch modernste



Technologie zu reduzieren und die Energiegewinnung auf erneuerbare Energieformen umzustellen. Insofern sind die Ergebnisse des G8-Gipfels in Heiligendamm (2007), und der Weltklimagipfel in Pittsburgh (September 2009) und in Kopenhagen (Dezember 2009) mehr als enttäuschend.

Darüber hinaus steht der Norden in der Pflicht, seinen Führungsanspruch mit den Belehrungen für alle Welt zu begraben; dies heißt jedoch nicht, der übrigen Welt seine Erfahrungen vorzuenthalten.

Letztendlich sind die alle Staaten bedrängenden Probleme auf den Weltmärkten durch internationale Absprachen zu lösen. Besonders gilt es, für den Weltfinanzmarkt mit seinen gesetzlosen Oasen, eine für alle akzeptable Lösung zu finden und diese gegen die dominierenden Interessen der führenden Industriestaaten und der mächtigen internationalen Kapitalanleger durchzusetzen.



# I. Kapitel: Die Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Mensch und Börse

## Soziale Marktwirtschaft – Neokapitalismus oder: Neoliberalismus contra Neoliberalismus

Mit der Täuschung, sich zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, aber Neokapitalismus zu betreiben, blieb sich Guido Westerwelle mit seiner FDP treu. Angelika Merkel übernahm diese von ihren Vorgängerregierungen.

Wie aber kam es zu der Augenwischerei, durch die Helmut Kohl, als er 1962, Ronald Reagan und Margarethe Thatcher folgend, dem Neoliberalismus den Weg frei gab, auch in Deutschland Fuß zu fassen? Er tat es wohl in Unkenntnis dessen, dass der Terminus „Neoliberalismus“ schon seit eh und je unterschiedliche Schattierungen und Varianten wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Theorien aufweist. Insofern herrscht Sprachverwirrung. Die einen meinen mit Neoliberalismus die Soziale Marktwirtschaft, die anderen meinen mit Neoliberalismus den aus den USA übernommenen Neokapitalismus unserer Tage.

Da Neoliberale ihren Neoliberalismus mit dem Etikett der Sozialen Marktwirtschaft anpreisen, erscheint es mir nicht nur der begrifflichen Klarheit wegen geboten, folgendes in Erinnerung zu rufen:

Mit der Oktoberrevolution 1917, dem New Yorker Börsencrash von 1929 und der damit einsetzenden „Großen Depression“ geriet der imperialistische Kapitalismus immer mehr ins Schlingern. Die

demokratisch geführten Regierungen konnten keine erfolgreiche Krisenpolitik durchsetzen und wurden in Italien durch den Faschismus Mussolinis und schließlich in Deutschland durch Hitlers Regime ausgehebelt. Der Wirtschaftsliberalismus wird als „Laissez-faire-Kapitalismus“ verschrien und geächtet. In dieser Situation beginnen liberale Denker, unter ihnen namhafte Ökonomen, sich erneut mit dem Liberalismus zu beschäftigen. 1938 kam es zu einem ersten internationalen Treffen in Paris, dem „Colloque Walter Lippmann“. Teilnehmer waren bekannte Wirtschaftswissenschaftler ganz unterschiedlicher ökonomischer Richtungen: Ökonomen der „Freiburger Schule“ (Rüstow und Röpke), der „Österreichischen Schule“ (von Hayek und Mises) sowie der „Chicago School“ (Milton Friedmann). Auf der Tagesordnung stand die Auseinandersetzung mit Lippmanns (US-Amerikaner, Präsidentenberater und Kolumnist) berühmten Buch „The Good Society“.

Vielfältige Probleme wurden diskutiert: freie Unternehmer oder Wettbewerbsordnung, monetäre Reformen, Vollbeschäftigung, Lohnpolitik, Steuern, Armut, Einkommensverteilung. Selbstverständlich blieb das Ringen um einen Begriff, der ihren ökonomischen Konzepten am besten entsprach, nicht ausgeklammert. Unter anderem standen die Termini „Neo-Kapitalismus“, „positiver Liberalismus“ und „Neoliberalismus“ zur Diskussion. Letzterer setzte sich knapp durch. Darunter wurde ein Konzept verstanden, „das im Ökonomischen auf dem Vorrang des Preismechanismus, als der Volksabstimmung über Preise, dem freien Unternehmertum und dem Konkurrenzsystem basiert“.

Einig war man sich in der Verurteilung der von Diktatoren geprägten Welt, die sich vom Freihandel verabschiedet hatte und in der ein allmächtiger Staat die Abläufe auf den Märkten gängete. Jedoch wussten die genannten Neoliberalen, dass ein Weg zurück nicht gegangen werden durfte; an das Alte ließ sich nicht kritiklos anknüpfen. Ihr Ziel war, sowohl aus dem Versagen des Liberalismus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts als auch ange-

zerfällt. Wenige schaffen den Aufstieg, die Mehrheit verliert ihren erarbeiteten Lebensstandard. Eine Minderheit gewinnt, die Mehrheit stürzt ab.

### 1. Einkommen und Vermögen sind skandalös ungleich verteilt: Verfügbare Einkommen privater Haushalte

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) zeigt eine klaffende Schere der für westdeutsche Haushalte verfügbaren Einkommen.

Das durchschnittlich verfügbare Jahreseinkommen westdeutscher Haushalte betrug für das oberste Fünftel 130.000 DM; das unterste Fünftel musste sich mit 22.000 DM begnügen.

Im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) zur Einkommensverteilung heißt es: „Festzustellen ist ein Trend zunehmender Streuung der Bruttoeinkommen, also zunehmender Ungleichheit, die vor allem auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung geringeren Umfangs, insbesondere bei Frauen zurückgeführt werden kann. ... Aber selbst wenn nur Vollzeitentgelte betrachtet werden ... bleibt der beobachtete Trend einer gestiegenen Spreizung auf dieser Ebene des Einkommensprozesses bestehen, wenn auch in abgeschwächter Form.“

#### 1.1 Ersparnisse

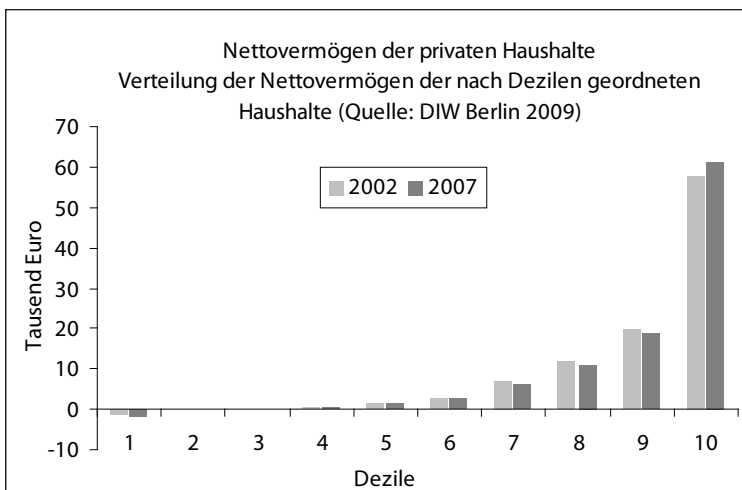
Fast zwangsläufig führt eine starke Einkommenskonzentration in den Händen derer mit höheren Einkommen zu entsprechend hohen Ersparnissen.

Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung werden folgende durchschnittliche Ersparnisse der privaten Haushalte genannt:

Das oberste Fünftel aller westdeutscher Haushalte hatte 26.740 DM auf die hohe Kante gelegt; das folgende Fünftel sparte 8.410 Euro und das unterste Fünftel musste Schulden aufnehmen.

## 1.2 Nettovermögen

Infolgedessen konzentrieren sich die Netto-Vermögen (Nettogeldvermögen, Immobilienvermögen und Produktivvermögen – der Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren) in wenigen Händen. Eindrucksvoll zeigt dies das 10. Dezil der nachfolgenden Grafik. Durch Dezile (lat. Zehntelwert) wird die Verteilung – hier: der durchschnittlichen Nettovermögen – in zehn gleich große Teile zerlegt.



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) berichtet in seinem Wochenbericht vom 21. Januar 2009 „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“ wie folgt:

„Reiche werden immer reicher, Arme bleiben arm. Ostdeutschland verarmt zusehends. Hohe Arbeitslosigkeit und verfallende Immo-

## II. Kapitel: Renaissance des Sozialstaats

### Sozialstaat und Freiheit

Sozialstaatsgebot:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ (Art. 20 (1) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)

„Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet den Staat, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen.“ (Bundesverfassungsgericht: Beschluss im Urteil des Zweiten Senats vom 18. Juli 1967)

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs 1 GG sichert jedem Hilfsbedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“

„Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist im Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsraum zu.“ (Bundesverfassungsgericht: 1. und 2. Leitsatz zum Urteil des

Ersten Senats vom 9. Februar 2010 unter dem Vorsitz des Präsidenten Papier).

Bereits im November 2005 bestätigte der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, die Rechtsauffassung seiner Vorgänger zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. In einem Vortrag auf dem Dreizehnten Gesellschaftspolitischen Forum der Banken sagte er: „Der aus dem Sozialstaatsprinzip folgende Regelungs- und Gestaltungsauftrag für den Gesetzgeber umfasst zwar das Gebot eines Ausgleichs der sozialen Gegensätze und der Schaffung einer gerechten Sozialordnung. Der Gesetzgeber ist also verfassungsrechtlich zu ‚sozialer Aktivität‘ sowie insbesondere dazu verpflichtet, sich um einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen und um die Herstellung erträglicher Lebensbedingungen für alle zu bemühen. Dies jedoch sind bloße Gestaltungsaufträge an den Gesetzgeber, denen ein großer Konkretisierungsbedarf eigen ist. Dem Regelungs- und Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers korrespondiert daher grundsätzlich kein Anspruch des Einzelnen.“

### Modifikation des Verfassungsbegriffes „sozialer Bundesstaat“

Diese Bestätigungen aus dem Munde des obersten Verfassungsrichters ist insofern bemerkenswert, als er in oben genanntem Vortrag die Kritik der Neokapitalisten am Sozialstaat aufgriff. Papier beklagte die fortschreitende Verrechtlichung der Sozialbeziehungen mit ihren gravierenden Nachteilen auf die Eigenverantwortung des Einzelnen. In der Tendenz zur Überregulierung sah er ein deutliches Hemmnis für die Initiativekraft einer verantwortlichen Zivilgesellschaft, die zu einem Schwund an Bereitschaft zu sozialem und gesellschaftlichem Engagement führe. Um dieses Engagement wieder erstarken zu lassen, trat er für einen Prozess des Umdenkens ein, an



zu bringen. Arbeitslose werden zur versteigerten Ware degradiert und jeglicher Freiheit beraubt! Dies zeigt, zu welchen aberwitzigen Vorschlägen eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik führt.

Ein anderes Beispiel für die unsinnige These, der Sozialstaat bevormunde und mache unfrei, ist das von Neokapitalisten und Regierenden laut vorgetragene Postulat, vordringliche Aufgabe des Sozialstaats sei Chancengleichheit herzustellen. Wer in Armut lebt ist ausgegrenzt und kann seine Fähigkeiten schwerlich entfalten und Chancen nicht wahrnehmen; er empfindet diese Botschaft als Hohn. Ständige Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, verunsichert, lähmt und macht unfrei. Schutz vor entwürdigender Armut und Angst bietet allein der Sozialstaat.

## Der Sozialstaat verbürgt Freiheit

Ernst-Wolfgang Böckenförde, bekennender Katholik und Rechtsgelehrter, stellte als Bundesverfassungsrichter 1995 in einem Votum zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vermögensteuer fest: Die soziale Ungleichheit dürfe „ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie über in Unfreiheit.“ (Quelle: zitiert von Heribert Prantl: Merkel, Kamel und Nadelöhr. Was die Reichensteuer mit dem ewigen Heilsplan zu tun hat, in Süddeutsche Zeitung vom 27. Juli 2006). Wer in Armut lebt, ist de facto unfrei; die ihm verfassungsmäßig zustehenden Freiheitsrechte kann er nicht verwirklichen. Sozialstaat und Freiheit sind daher keine Gegensätze, sie bedingen einander. Das Sozialstaatsgebot ist vornehmlich ein Freiheitsgebot und verpflichtet die Regierenden, die Grundlagen zu realem Gebrauch der verbürgten Freiheitsrechte zu schaffen und zu sichern.

Das Sozialstaatsprinzip, das den Kern menschlicher Existenz berührt, hat universellen Charakter und ist im Völker- und Europarecht verankert.

# Denkanstöße für eine alternative Reformpolitik

## Die Realität

### *Ausgangspunkt und Grundlage für die anstehenden Reformen*

Die Bundesrepublik Deutschland erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der Hinterlassenschaft zerstörter Städte und Fabriken, zusammengebrochener und leer gefegter Märkte, zusätzlich belastet mit Reparationsleistungen an die Siegermächte, einen nicht für möglich gehaltenen wirtschaftlichen Aufschwung: Das deutsche „Wirtschaftswunder“.

Ludwig Erhard hatte den Mut, am 20. Juni 1948 die Deutsche Mark einzuführen und gleichzeitig die Warenbewirtschaftung mit Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten aufzuheben. Er und Alfred Müller-Armack, in Erhards Wirtschaftsministerium zuständig für Wirtschaftspolitik, entließen die Wirtschaft in den freien Markt, setzten für diesen Rahmenbedingungen nach den Vorgaben der Ökonomen der sogenannten „Freiburger Schule“. Müller Armack sorgte außerdem für eine angemessene Teilhabe aller Schichten am wachsenden Volkseinkommen. Auf diese Weise wuchs mit dem Sozialprodukt die Massenkaufkraft als Motor für ständiges Wirtschaftsmengenwachstum.

Die Ölkrisen 1973 und 1979 leiteten die Wende ein. Obwohl die Bundesregierung unter Helmut Schmidts Kanzlerschaft die Folgen des sprunghaft gestiegenen Ölpreises im Gegensatz zu anderen Industriestaaten halbwegs auffangen konnte, kam der Wachstumsmotor ins Stocken. Am 1. Oktober 1982 übernahm die Koalition aus CDU/CSU und FDP die Macht. Bundeskanzler Helmut Kohl ebnete dem Neoliberalismus amerikanischer Prägung den Weg, auch in Deutschland Fuß zu fassen.

In Deutschland, wie in allen fortgeschrittenen, reifen und reichen Industriestaaten, erlahmte das Wirtschaftsmengenwachstum mit Massenarbeitslosigkeit und zusammenbrechenden Sozialsystemen im Gefolge. Entwicklungsländer dagegen holten auf. In den sogenannten Tigerstaaten boomte das Wachstum, in China mit beachtlich hohen Raten.

Beide Prozesse sind voller Zuspitzungen. Mit ihren falschen wirtschaftspolitischen Rezepten erweisen sich Neokapitalisten als unfähig, den in Nord und Süd unterschiedlich verlaufenden und mit kumulierenden Krisen besetzten Entwicklungen zu begegnen. Nachfolgend zeige ich Wege auf, die aus dieser Situation herausführen.

Die Denkweise der Neokapitalisten und all derjenigen, die deren irreführenden Parolen verinnerlicht haben, hinterfrage ich mit Argumenten derer, die dem neokapitalistischen Zeitgeist nicht verfallen sind. Ich transferiere diese in Denkanstöße für eine alternative Reformpolitik. Meine Denkanstöße geben neue Antworten auf alte Fragen. Sie berücksichtigen die ökonomische und gesellschaftliche Wirklichkeit einer sich dramatisch verändernden Welt.

Die „Denkanstöße für eine alternative Reformpolitik“ gehen von folgenden ökonomischen Tatsachen aus, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht wahrgenommen und von Politik und neokapitalistisch orientierten Ökonomen verdrängt werden. Zwei Fakten zeichnen sich ab: (1) Grenzen für Wirtschaftswachstum kommen in Sicht. (2) Das Volumen an zu leistender Erwerbsarbeit schrumpft.

(1) Grenzen für Wirtschaftswachstum kommen in Sicht.

In reifen Volkswirtschaften kommt Wirtschaftsmengenwachstum infolge gesamtwirtschaftlicher Sättigung prinzipiell an seine Grenzen. Dies erkannten bedeutende Wissenschaftler bereits seit Langem. Nachfolgende Zitate sind dafür ein beredtes Zeugnis:

*Karl Marx (1818–1883)*

*Der Kapitalismus wird unaufhaltsam „die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum reduzieren und so die Zeit aller für ihre Entwicklung frei machen.“*

*John Maynard Keynes (1883–1946)*

*Die reichen Industrieländer sind auf dem besten Wege, das Knappheitsproblem im herkömmlichen Sinne zu lösen und nähern sich mit Riesenschritten einer Epoche der Muße und Freizeit.*

*Es wird notwendig sein, „einen Teil des unerwünschten Surplus durch vermehrte Freizeit zu absorbieren – mehr Urlaub (eine wunderbare Art, Geld los zu werden!) und weniger Arbeitsstunden.“*

*Hannah Arendt (1906–1967)*

*Die Menschheit wird der uralten Bande, die sie unmittelbar an die Natur ketten, der Last der Arbeit und des Jochs der Notwendigkeit, ledig sein.*

*„Die Erfüllung des uralten Traums trifft wie in der Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung lohnen würde.*

*Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“*

*André Gorz (1923–2007)*

*„Die Lohnarbeit wird aufhören, die Haupttätigkeit zu sein, aber durch das Einkommen, das sie jedem Einzelnen sein Leben lang garantiert, wird sie die ökonomische Basis einer unbegrenzten Vielfalt möglicher Tätigkeiten bleiben, deren Rationalität und Ziel nicht ökonomisch sind.“*

und mehr Zeit für den Partner, die Kinder und den Freundeskreis zu haben.

Die durch die Arbeitszeitverkürzung gewonnene Zeit ist ein neuer immaterieller Reichtum, der hervorragender, effizienter Arbeitsproduktivität zu verdanken ist.

### Zusammenfassung:

Um leben zu können, muss der Mensch arbeiten. Arbeit für das Unerlässliche gehört zum Leben des Menschen. Arbeit ist Chance, schafft soziale Kontakte, befriedigt, macht Freude. Erwerbsarbeit ist zugleich Last, unterliegt Sachzwängen, ist Zeitknechtschaft, schränkt ein.

2008 unterlagen von 82 Millionen Einwohnern Deutschlands 40 Millionen den Sachzwängen der Erwerbsarbeit, 4,5 Millionen waren arbeitslos. Massenarbeitslosigkeit kennzeichnet den Arbeitsmarkt und belastet Wirtschaft und Sozialstaat. Diese schwere Bürde abzuschütteln, ist das erklärte Hauptanliegen aller politischen Parteien.

Verwirklicht die Politik das entwickelte Modell der „35-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im atmenden Arbeitsmarkt“, wird die Zeitknechtschaft vermindert und die Massenarbeitslosigkeit überwunden.

Die Mehrheit der Erwerbstätigen misstraut dieser Botschaft. Sie zögert, diesen Zeitgewinn anzunehmen. Übermächtig ist die Angst, vom Bezug von Einkommen über Erwerbsarbeit abhängig zu sein. Ohne Arbeit dazustehen ist Existenz gefährdend. So schufteten die einen 40 und mehr Stunden in der Woche, die anderen verlieren ihren Arbeitsplatz. Der Zeitgewinn entartet in Zwangsfreizeit für Arbeitslose.

Diese ablehnende Haltung ist insofern unverständlich, als ein von Arbeit befreites Leben zu den Vorrechten und Privilegien der Wenigen gehörte, die über die Vielen herrschten. Der Freie war,

im Gegensatz zum Knecht, Herr über seine Zeit. Das 21. Jahrhundert bietet allen Erwerbstätigen, zunächst in Deutschland und in den reichen Ländern Europas, die Chance, sich mit einem großen und richtungsweisenden Schritt aus der fremdbestimmten Zeitknechtschaft zu befreien.

Dass die reichen Gesellschaften mit dem Angebot einer 35-Stundenwoche ihren wahren Reichtum erkennen und nutzen werden, erscheint mir realistisch. Das heißt, sie werden in absehbarer Zeit die Chance ergreifen, sich auf die geistig-kulturellen Potentiale des Menschen zu konzentrieren und diese zur Entfaltung bringen.

Der „Aufruf zu einer Intervention über den Wahltermin hinaus: Massenarbeitslosigkeit überwinden – Arbeit solidarisch verteilen“ (Oktober 2005) stützt diese Hoffnung. Mit dem Aufruf greift Attac die bereits seit Jahrzehnten von Wissenschaftlern erfasste und hier beschriebene Sachlage auf. Mit diesen Aussagen und auf diesem Wege soll das Tabu gebrochen werden, „das das Thema Arbeitszeitverkürzung und die faire Verteilung von Arbeit und Einkommen umgibt.“ Da der Aufruf sich gleichermaßen an konservativ, christlich, sozial, ökologisch oder sozialistisch orientierte Menschen richtete, kamen Einsichten unter das Volk, die von den Neokapitalisten totgeschwiegen werden.

In den reifen Industrienationen eröffnet die Produktivität der Arbeit erstmals für alle Bevölkerungsgruppen Freiräume zur humanen Entfaltung ihrer geistig-kulturellen Fähigkeiten.

## Baustein II: Die Schwarzarbeit legalisieren. Die Mehrwertsteuer aus-, die Einkommensteuer abbauen

### Feststellung:

Verbote, Strafen und ihre Diskriminierung können Schwarzarbeit mit Sozialbeitrags- und Steuerkriminalität im Gefolge nicht verhindern.

### Botschaft:

Schwarzarbeit ist zu legalisieren. Schwarzarbeiter, aber auch all jene, die Einkommensteuer hinterziehen, sind dort zur Kasse zu bitten, wo sie nicht ausweichen können: Bei ihrem Konsum.

## Schwarzarbeit legalisieren

Schwarzarbeit ist weder durch staatliche Verbote, noch mit Kontrolle und Strafandrohung auszuschalten. Statt Schwarzarbeit zu bekämpfen, ist Schwarzarbeit zu billigen. Es sind Wege zu finden, die Schwarzarbeiter veranlassen, ihren Beitrag zur Finanzierung der Sozialleistungen und der Staatsaufgaben zu leisten.

Ursachen für die zunehmende Schwarzarbeit sind Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und günstige Preise für in Schwarzarbeit erbrachte Leistungen infolge des Konditionsgefälles zwischen abgabenbelasteter „Weiß-“ und abgabenfreier „Schwarzarbeit“.

Die Schattenwirtschaft ist der am stärksten boomende Wirtschaftszweig. Die Einkommen aus Schwarzarbeit, die zwar dem Finanzamt und der gesetzlichen Sozialversicherung, nicht aber der Volkswirtschaft vorenthalten werden, haben inzwischen eine beachtliche Größenordnung von jährlich hunderten von Milliarden Euro erreicht. Die neueste (2009) vom Institut für Wirtschaftsforschung (IW) in Köln veröffentlichte Untersuchung gibt

## Baustein III: Den Sozialstaat umbauen, dessen Finanzierung umstellen

### Feststellung

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Dies zu verwirklichen ist eine seiner Hauptaufgaben. Mit Sozialeinkommen hat der Staat all jenen Bürgerinnen und Bürgern „unter die Arme zu greifen“, die weder Erwerbseinkommen noch Vermögenseinkommen beziehen oder deren erzielte Einkommen unter der Armutsgrenze (EU: weniger als 60 % des durchschnittlich verfügbaren Einkommens) liegen.

Inzwischen ist das Netz sozialer Leistungen gewuchert. Der Gesetzesdschungel, selbst von Experten kaum noch beherrschbar, führt zu Überschneidungen, zu aufgeblähter, Millionen Euro verschlingender Verwaltung und lädt zu Missbrauch ein. Seine Durchforstung ist überfällig.

### Botschaft

In zwei Leistungsbereiche gebündelt wird das sozialen Netz effektiv und transparent, Verwaltungskosten werden eingespart. Der Sozialstaat wird für die Zukunft „wetterfest“.

### Die vorzufindende Realität

„Wir brauchen den Umbau des Sozialstaats“, tönt es seit Jahren aus allen Kanälen. In der Göttinger Erklärung der CDU: „Kurswechsel für Deutschland“ (2003) heißt es: „Deutschland braucht eine Politik, die den Anspruch hat, zu gestalten, statt immer nur Brände zu löschen; die den Mut hat, Wahrheiten auszusprechen, statt sie durch Lügen zu verdecken; die den Einzelnen was zutraut und der Gemeinschaft Infrastruktur, Sozialleistungen und Schutz bietet. Es



## Baustein IV: Den Staatshaushalt sanieren

### Feststellung

Der Staat ist überschuldet. Der angehäuften Schuldenberg hat 2008 die Höhe von 1,5 Billionen Euro erreicht.

### Botschaft

Ein Irrweg ist, den Schuldenberg mit konsequentem Sparen, dem Verkauf öffentlichen Vermögens und mit Steuererhöhungen abtragen zu wollen.

Die Entschuldungsstrategie sollte sich vielmehr an den Ursachen ausrichten, die zur akkumulierten Verschuldung der öffentlichen Haushalte führten.

Lassen wir zunächst Zahlen sprechen:

Staatsverschuldung – Schuldenstand				
	Milliarden Euro			
	1999	2001	2005	2008
Bund	770,3	760,2	901,6	950,4
Länder	327,4	364,6	471,4	477,4
Gemeinden	102,2	99,2	116,0	113,9
insgesamt	1.200,0	1.224,0	1.489,0	1.541,8
Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 2009/2010				

Die Gesamtverschuldung des Staates ist bis Jahresende 2008 auf 1.515 Milliarden Euro angestiegen. Die Schuldenstandsquote (Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen) liegt bei rund 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit über der im Maastricht-Vertrag festgelegten Obergrenze von 60 Prozent des BIP.

Die jährliche Zinsbelastung betrug rund 68 Milliarden Euro (2008). Diese ist das eigentliche Problem insofern, als sie den finanziellen Handlungsspielraum des Staates in einer unververtretbaren Weise einengt.

Ansonsten ist es ökonomisch unsinnig, Staatsverschuldung an sich zu verteufeln. Bereits Freiherr vom Stein, der Reformator Preußens und große Finanzwissenschaftler im ausgehenden 19. Jahrhundert stellte fest: Ein Staat ohne Staatsverschuldung tut entweder zu wenig, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart. Entweder er verzichtet darauf, notwendige Investitionen, wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, etc. zu tätigen, oder er überlastet die lebenden Generationen. Öffentliche Investitionen kommen auch den nachfolgenden Generationen zugute, so dass es recht und billig ist, auch die Nachfahren an der Finanzierung öffentlicher Investitionen angemessen zu beteiligen.

Ein weiterer Grund, Staatsverschuldung nicht zu kritisieren ist, dass der verschuldete Staat die „Sparkasse“ seiner Bürger ist. Niemand kommt auf die abwegige Idee, von den Sparkassen und Banken zu verlangen, ihre Verbindlichkeiten an die zurückzuzahlen, die ihnen ihr Geld zur Anlage anvertrauten, zumal die von Staat und Banken zu zahlenden Zinsen als Einkommen derer, die diesen ihr Geld gaben, in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

In seinem Artikel „Alle Staatsschulden sind Reichenbedienung“ weist Günther Moewes in „Humonde · Forum für eine humane Welt“ ([www.humonde.de/Artikel](http://www.humonde.de/Artikel)) darauf hin, dass insbesondere die Reichen von der Staatsverschuldung profitieren; überwiegend sie sind über ihre Banken die Kreditgeber des Staates. Die „Bedienung“ der Reichen ist insofern der Fall, als der Staat die von ihm an seine Gläubiger zu zahlenden Zinsen aus dem allgemeinen Steuerertrag finanziert. Dieses wiederum bringen die Reichen nur anteilig auf. Bei unserem derzeitigen Steuersystem findet dadurch eine schleichende Umverteilung der Vermögen von unten nach

## Baustein V: Das Grundeinkommen

### Feststellung:

Ein Mensch in wirtschaftlicher Not kann sein Leben nicht in Freiheit und Würde gestalten. In modernen Gesellschaften sichert allein das Recht auf Einkommen seine Freiheit und Würde.

Die deutsche Sozialhilfe, durch Gesetz 1961 eingeführt und auf dem Bedarfsdeckungsprinzip aufgebaut, kann dies nur bedingt leisten. Ihre Nachfolger, das Arbeitslosengeld II (Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige – im Volksmund Hartz IV) und die Sozialhilfe (Grundsicherung für erwerbsunfähige Hilfsbedürftige), leisten dies ebenso wenig.

### Botschaft:

Ein „Grundeinkommen“ gewährleistet den Grundbedarf für ein menschenwürdiges Leben in einer wohlhabenden Gesellschaft. Am materiellen und kulturellen Niveau des Lebensstandards der Gesellschaft ausgerichtet geht es konsequenterweise über die Sicherung des Existenzminimums hinaus. Der entwürdigende Bittgang zum Sozialamt gehört der Vergangenheit an.

### Idee

Der Gedanke, jeder Staatsbürgerin und jedem Staatsbürger ein Grundeinkommen einzuräumen, ist nicht neu. Als erster dürfte der spanische Humanist, Philosoph und Pädagoge Juan Luis Vives (1492–1540) die Idee eines staatlich garantierten Grundeinkommens skizziert haben. Es folgte der amerikanische Publizist Thomas Paine (1737–1809), der ein solches Grundeinkommen mit einer „Bodenrente“ finanziert wissen wollte. In den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde die Idee in England wieder aufgegriffen. Die liberale Politikerin Lady Rhys-Williams forderte

eine Sozialdividende („Social Movement“), die wöchentlich an alle Bürger ausgezahlt werden sollte. Ihren Vorschlag lehnte die britische Regierung ab. Dessen ungeachtet entwickelten englische Wissenschaftler diese Idee weiter; die Sozialdividende wurde zur Grundlage der internationalen Diskussion.

In den USA erregten die Vorschläge zweier prominenter Nationalökonominnen Aufsehen. Die Nobelpreisträger Milton Friedman und James Tobin setzten sich 1966 anlässlich eines nationalen Symposiums zur Frage eines garantierten Einkommens, zu der die amerikanische Handelskammer eingeladen hatte, für eine „negative Einkommensteuer“ ein. Friedman hatte bereits 1962 in seinem Buch „Capitalism and Freedom“ vorgeschlagen: Jeder Bürger, der zu wenig verdient, um Steuern zu zahlen, sollte eine „Steuer“, d.h. eine „Negativsteuer“, vom Finanzamt ausbezahlt erhalten. Die „negative Einkommensteuer“ sollte alle anderen bisherigen Formen der Sozialhilfe auffangen.

Friedman und Tobin verfolgten mit ihren Vorschlägen zwei Ziele. Erstens wollten sie den hohen, bei der Verwaltung der Sozialhilfeleistungen anfallenden Aufwand für Sozialausgaben eingespart wissen. Ihr zweites Anliegen war, den Hilfebedürftigen nicht länger zuzumuten, ihre Notlage begründen zu müssen. Des Weiteren verlangten sie, die Beamten und Angestellten der Sozialbehörden der Peinlichkeit zu entheben, die Bedürftigkeit derer festzustellen, die gesetzlich verankerte Hilfe in Anspruch nehmen wollten.

Neben Friedman und Tobin war auf dem erwähnten Symposium auch Robert Theobald, damals noch ein junger Ökonom, zu Wort gekommen. Auch er vertrat ein garantiertes Einkommen. Ihm ging es um mehr, als das Armutproblem in den Griff zu bekommen. Theobalds Ansatz war, „das Computerzeitalter der automatisierten Fabriken und der Überproduktion, die Zeit der nutzlosen Arbeitskräfte, eine Ära grundlegender Transformation der westlichen Gesellschaften“ angemessen zu gestalten. Dem ver-

## Baustein VI: Die Volksrente

### Grundrente und Zusatzrente

#### Feststellung

Die Bevölkerung altert. Bleibt es bei der gesetzlichen Altersvorsorge, die über Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und staatlichen Zuschüssen finanziert wird, sind die Folgen für die Alterssicherung dramatisch. Zwangsläufig brechen die Renten ein oder die Beiträge steigen in nicht mehr akzeptable Höhen.

Mit der „Riester-Rente“ und der „Rente mit 67“ will die Bundesregierung sowohl die zu erwartenden Rentenminderungen ausgleichen als auch verhindern, dass die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung unermesslich steigen.

Halbherzig ist der eingeschlagene Weg. Es bleibt beim versicherungspflichtigen Personenkreis und im Prinzip beim alten Finanzierungssystem. Im Grunde beinhalten die Reformen nichts anderes als eine Verlagerung der für die Alterssicherung aufzubringenden Mittel, weg von den Arbeitgebern hin zu den Arbeitnehmern. Die unzulänglichen Reformen bringen zwar eine Atempause, langfristig sind sie untauglich.

#### Meine Botschaft

Kapitalintensive Technologie vernichtet Arbeitsplätze. Kapitalerträge sind daher zur Finanzierung der Renten mit heranzuziehen. Die Beitragsfinanzierung ist auf Steuerfinanzierung umzustellen. Versicherungspflicht besteht für die gesamte Wohnbevölkerung. Mit diesem Systemwechsel bleibt die Altersvorsorge trotz Alterung der Bevölkerung solidarisch finanzierbar.

### *Das Modell:*

- Bürgerinnen und Bürger werden ausnahmslos in das System der gesetzlichen Altersvorsorge einbezogen.
- Sie haben mit vollendetem 65. Lebensjahr Anspruch auf eine Grundrente. Diese entspricht in ihrer individuellen Ausstattung dem „Grundeinkommen“ (vgl. Baustein V – Das Grundeinkommen).
- Anspruch auf eine Zusatzrente erwerben Bürger und Bürgerinnen, die selbstständig oder unselbstständig Erwerbsarbeit, Erziehungsarbeit in der eigenen Familie, ehrenamtliche Tätigkeit oder „Bürgerarbeit“ geleistet haben und/oder als Abgeordnete in Parlamenten, bzw. als Minister, Staatssekretäre, Bürgermeister und als Wahlbeamte tätig waren.
- Die Zusatzrente setzt Tätigkeit in den genannten Bereichen von mindestens 15 Jahren voraus.
- Ihre Höhe bemisst sich nach der Zeitdauer der geleisteten Tätigkeiten in den genannten Bereichen und nach dem in den letzten 5 Berufsjahren im Jahresdurchschnitt erzielten Netto-Erwerbseinkommen bzw. nach dem fiktiv bemessenen Einkommen für unbezahlte Erziehungsarbeit in der Familie, für „Bürgerarbeit“ und für ehrenamtliche Tätigkeiten.
- Es wird eine Höchstrente von 55 % des Netto-Jahreseinkommens festgelegt, die nach 35 Jahren Tätigkeit erreicht wird, maximal aber in Höhe des Vierfachen des erwirtschafteten Volkseinkommens je Einwohner.
- Im Ruhestand erzielte Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, selbstständiger und freiberuflicher Arbeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Vermietung und Verpachtung, aus Abgeordnetenbezügen, Firmenrenten, Staatspensionen, sowie Einkünften aus Rechtsansprüchen (z. B. Unterhaltszahlungen) werden mit dem erworbenen Anspruch auf Altersrente bis zur Höhe des in den letzten 5 Jahren vor

## Baustein VII: Die Bürgerversicherung

### Private Krankenversicherung mit integrierter Pflegeversicherung

#### Feststellung

Die medizinische Versorgung erfolgt in Deutschland auf hohem Niveau. Das Gesundheitssystem jedoch ist krank. Die Gesundheitsreformen der Bundesregierungen hielten nicht, was sie versprochen.

#### Die Botschaft

Eine Bürgerversicherung, in deren Leistungskataloge sowohl Diagnose und Therapien der herkömmlichen Schulmedizin als auch alternativer Medizin aufgenommen sind, gewährleistet einen umfassenden Gesundheitsschutz, der dem Willen der Versicherten entspricht. Die Einbindung aller Bevölkerungskreise in eine private Krankenpflichtversicherung, sowie ein von jedem Versicherten zu leistender individueller jedoch sozial abgefederter Beitrag, sichert nachhaltig die Finanzierung einer am Patienten orientierten medizinischen Versorgung. Gesundheitsvorsorge hat Vorrang. Sie vermag die Kosten des Gesundheitswesens einzudämmen.

Betrachten wir zunächst die in Zahlen erfasste Realität. In einem zweiten Schritt setzen wir uns kritisch mit den von der Bundesregierung verabschiedeten Reformen auseinander. Überlegungen zum Schwerpunkt Gesundheitsvorsorge und ein Kurzbericht über die Reforminitiative des „Forum Freiheitliche Medizin e.V.“ aus dem Jahre 1992 leiten zu dem von mir favorisierten Modell der Bürgerversicherung über.

Gesundheit hat ihren Preis:

Gesundheitswesen				
Jahr	Gesundheitsausgaben			Beschäftigte in Millionen
	insgesamt in Milliarden Euro	Euro je Einwohner	in % des BIP	
2000	212,5	2.590	10,3	4,1
2005	239,4	2.900	10,7	4,3
2006	244,9	2.970	10,5	4,3
2007	252,7	3.070	10,4	4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

2007 wurden in Deutschland rund 253 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben, je Einwohner sind dies 3070 Euro. Deutschland liegt im europäischen Vergleich im Mittelfeld der Gesundheitsausgaben. Die Gesundheitsausgaben je Einwohner stiegen zwischen 2000 und 2007 um 18,5 Prozent, im Jahresdurchschnitt sind dies 2,6 Prozent. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt bewegte sich zwischen 10,3 und 10,7 Prozent. Dagegen stieg die Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen um magere 5 Prozent.

Nach Leistungsarten gegliedert weist die Statistik nachfolgende Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit aus:



### III. Kapitel: Den Weltfinanzmarkt ordnen

#### John Maynard Keynes: „bancor“ und Weltzentralbank

Feststellung:

Sekundenschneller Informationsaustausch rund um die Welt, moderne Verkehrssysteme, die jederzeit jeden und schnellen Ortswechsel ermöglichen, und überall einsetzbare modernste Produktionstechniken führen zu einer weltweiten Arbeitsteilung in bisher unbekannter Dimension. Waren-, Dienstleistungs- und Geldströme sind national nicht mehr zu begrenzen. Die Globalisierung der Märkte sprengt nationale Grenzen, überdies den Einfluss nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Weltweit operierende Unternehmen und Banken entziehen sich staatlicher Kontrollen; sie setzen eigene Rahmenbedingungen für ihr Handeln. Banken schufen und schafften mit neuen Finanzprodukten und über gegenseitige Verschuldung ein aufgeblasenes Geldvolumen, das weit von der Realwirtschaft abhob und noch immer abhebt. Spekulation, mit unberechenbaren Zinsentwicklungen und Wechselkursen im Gefolge, führt zu verlustträchtigen Störungen des Gleichgewichts nationaler Volkswirtschaften. Diese sind die Verlierer des auf den Welt-Finanzmärkten auf Hochkonjunktur laufenden Neokapitalismus, „Multis“, Spekulanten und Großbanken sind die Gewinner.

Meine Botschaft

Eine Neuordnung des unregulierten und seinem Wildwuchs überlassenen kapitalistischen Weltmarkts ist überfällig. Bestehende internationale Absprachen innerhalb der Staatengemeinschaft sind

auszubauen, neue sind dringend geboten. Allein verbindliche internationale Rahmenbedingungen führen aus dem Teufelskreis der „Globalisierungsfalle“; weltweite Arbeitsteilung wird erneut Wohlstandsmotor, sowohl für den Süden als auch für den Norden.

#### Ausgangslage und Begründung

Die Auswüchse eines ungebändigten global aktiven Neokapitalismus sind hinlänglich bekannt. Der Produktivitätsvorsprung und die Wettbewerbsüberlegenheit global auftretender Großunternehmen und ihrer Banken werden immer größer. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern wird vertieft. „Der weltumspannende Reichtumsarchipel besteht zwar aus blühenden Enklaven ... [d]er größte Teil der Welt mutiert hingegen zu einem Lumpenplaneten, reich nur an Megastädten mit Megaslums, in denen sich Milliarden Menschen notdürftig durchschlagen“ (Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle · Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg 1996). Dritte-Welt-Länder erhalten keine echte Chance, den Wohlstandsrückstand aufzuholen. Die jetzige Weltwirtschafts(un)ordnung ist undemokratisch und gegen die Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung gerichtet.

Um so erfreulicher ist, dass die UNO bereits 1992 mit ihrem „Bericht über die Entwicklung der Menschheit“ (UNDP-Bericht 1992) einen umfassenden Plan für eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung vorlegte. Bisher ohne Resonanz. Offenbar erkennen die Mächtigen die Notwendigkeit nicht, dass die zerstörerische Kraft der ungeordneten Globalisierung zu bändigen und zu kanalisieren ist, oder aber sie wissen nicht, was sie tun. Noch immer waren die Mächtigen und Reichen die Gewinner wirtschaftlicher Rezessionen. Es ist höchste Zeit gegenzusteuern und die Herausforderungen anzunehmen.

# Ausblick

Meine Denkanstöße zeigen, dass es zur Reformpolitik der vergangenen Jahre Alternativen gibt.

Meine Vision ist die Renaissance der sozialen ökologischen Marktwirtschaft und ein neuer Sozialstaat. Er entspricht den ökonomischen und gesellschaftlichen Realitäten. Er ist der Staat einer „Solidarischen Gesellschaft“.

Unter einer solchen verstehe ich ein Gemeinwesen, in dem mit immer weniger Erwerbsarbeit ein Sozialprodukt erwirtschaftet wird, das einen hohen Lebensstandard für alle erlaubt. Es herrscht bei kurzer Arbeitszeit Vollbeschäftigung. Alle Bürgerinnen und Bürger, Junge und Alte und nicht erwerbsfähige Menschen mit Behinderung haben einen angemessenen Anteil am erarbeiteten Volkseinkommen. In einer von materiellen Not befreiten Gesellschaft ist Existenzangst unbegründet. Der zugewachsene Reichtum an Zeit öffnet Räume, die nicht dem Diktat der Notwendigkeiten unterliegen. Es besteht materieller und immaterieller Wohlstand für alle.